



Krankenhäuser sind keine Kostentreiber der GKV

Ergebnisse einer Sonderauswertung des Deutschen Krankenhaus Instituts (DKI)

Die alten Vorwürfe, die Krankenhäuser seien Hauptverursacher der Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind schlichtweg falsch. Eine Sonderauswertung des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der GKV zeigt vielmehr: Die Krankenhausaussgaben entwickeln sich seit Jahren unterdurchschnittlich, während die eigentlichen Ursachen der Finanzprobleme auf der Einnahmeseite liegen.

„Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Nicht die Krankenhäuser treiben die Ausgaben der GKV. Wer die Finanzprobleme der Krankenkassen durch Kürzungen bei den Krankenhäusern lösen will, bekämpft nicht die Ursache des Problems, sondern gefährdet die Versorgung der Patientinnen und Patienten“, erklärt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, **Dr. Gerald Gaß**.

Die DKI-Analyse zeigt, dass die Krankenhausaussgaben seit dem Jahr 2000 inflationsbereinigt um rund 54 % gestiegen sind, während die gesamten GKV-Leistungsausgaben im gleichen Zeitraum um 63 % zunahmen. Der Anteil der Krankenhäuser an den GKV-Leistungsausgaben sank von 35 % auf 33 %.

Auch die aktuelle Entwicklung bestätigt diesen Trend: Zwischen 2020 und 2025 stiegen die Krankenhausaussgaben nominal um 36,6 %. Maßgeblich hierfür war jedoch die Einführung des politisch gewollten Pflegebudgets. Ohne diesen Effekt hätte das Ausgabenwachstum rund 29 % betragen und damit unter dem Anstieg der gesamten GKV-Leistungsausgaben von 35 % gelegen.

„Das Pflegebudget ist keine Kostenexplosion, sondern die politische Entscheidung, die Pflege am Bett vollständig zu finanzieren. Dies als Beleg für ausufernde Krankenhauskosten darzustellen, ist sachlich falsch“, so Gaß.

Nach den Ergebnissen des DKI liegt die eigentliche Ursache der GKV-Finanzprobleme auf der Einnahmeseite. Die beitragspflichtigen Einnahmen je GKV-Mitglied stiegen seit 2000 real lediglich um rund fünf %, während das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um rund 25 % wuchs. Seit 2019 stagnieren sowohl die Wirtschaftskraft als auch die Finanzierungsbasis der GKV nahezu.

Besonders deutlich wird dies im DKI-Szenario: Wäre Deutschland zwischen 2022 und 2025 im Durchschnitt der Europäischen Union gewachsen, hätte die GKV rund 42 Milliarden Euro zusätzliche Beitragseinnahmen erzielt.

Zusätzlich werden die Finanzierungsprobleme dadurch verschärft, dass der Bund versicherungsfremde Leistungen seit Jahren nicht auskömmlich finanziert. Nach einer aktuellen Studie des IGES Instituts erbringt die GKV versicherungsfremde

Leistungen im Umfang von rund 64 Milliarden Euro. Davon können knapp 22 Milliarden Euro eindeutig als versicherungsfremd eingeordnet werden und müssten aus Steuermitteln finanziert werden. Dem steht ein seit 2017 unveränderter Bundeszuschuss von 14,5 Milliarden Euro gegenüber. Hinzu kommt eine Unterfinanzierung der gesundheitlichen Versorgung von Bürgergeldbeziehenden in Höhe von rund 12 Milliarden Euro jährlich.

„Die DKI-Auswertung zeigt eindeutig, dass die Finanzprobleme der GKV in erster Linie auf der Einnahmeseite entstehen. Gleichzeitig überträgt der Bund der gesetzlichen Krankenversicherung seit Jahren gesamtgesellschaftliche Aufgaben, ohne sie vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Wer diese strukturellen Defizite ignoriert und stattdessen Milliarden bei den Krankenhäusern kürzt, verschärft die Versorgungskrise“, so Gaß.

Die DKG fordert die Bundesregierung auf, die Einnahmebasis der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig zu stärken, versicherungsfremde Leistungen vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren und die geplanten Kürzungen bei den Krankenhäusern im parlamentarischen Verfahren zurückzunehmen.

Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen und Fakten aus der DKI-Sonderauswertung

- Krankenhausaussgaben stiegen seit 2000 real um 54 %, die gesamten GKV-Leistungsausgaben um 63 %.
- Der Anteil der Krankenhäuser an den GKV-Leistungsausgaben sank von 35 % (2000) auf 33 % (2025).
- Ohne Pflegebudget wären die Krankenhausaussgaben zwischen 2020 und 2025 lediglich um 29 % gestiegen (GKV insgesamt: 35 %).
- Die beitragspflichtigen Einnahmen je GKV-Mitglied stiegen seit 2000 real um rund fünf %, das BIP pro Kopf dagegen um rund 25 %.
- Bei einer Wirtschaftsentwicklung auf EU-Durchschnittsniveau hätte die GKV zwischen 2022 und 2025 rund 42 Milliarden Euro zusätzliche Beitragseinnahmen erzielt.

Die Sonderauswertung „DKI Data Insight – Entwicklung der GKV-Ausgaben“ wurde vom Deutschen Krankenhausinstitut (DKI) auf Basis von Daten des Bundesministeriums für Gesundheit und des Statistischen Bundesamtes erstellt. Sie analysiert die Entwicklung der GKV-Einnahmen und -Ausgaben im Zeitraum 2000 bis 2025.

Die vollständige Analyse als PDF ist unter folgendem Link zu finden: https://www.dki.de/fileadmin/user_upload/DKI_Data_Insight_GKV_Ausgaben.pdf